

30 Jahre Engagement in Essen - Asylrecht ist Menschenrecht



Vorbemerkung

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen wird in diesem Jahr 30 – es waren bewegte Jahre. Mit dieser kleinen Broschüre wagen wir einen Rückblick auf unsere Geschichte. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sonst wäre es angesichts der zahlreichen Ereignisse ein Buch geworden. Die Geschichte von ProAsyl/Flüchtlingsrat ist eine von Erfolg und Misserfolg zugleich: Misserfolg, weil das Recht auf Asyl immer noch eingeschränkt ist und viele Menschen in existentielle Not bringt. Erfolg, weil wir dazu beitragen konnten und können, dass sich immer wieder Menschen für Geflüchtete engagieren und humanitäre Hilfe organisieren.

Wir wünschen allen eine interessante Lektüre.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Vorstandsvorsitzenden Kathrin Richter	2
Grußwort der Integrationsbeauftragten Galina Borchers	4
Das 1. Jahrzehnt – Umbruch und Aufbau	6
Vereinsentwicklung von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen	17
Sinti und Roma: verfolgt, diskriminiert, abgeschoben	18
Das 2. Jahrzehnt – Die „Nuller-Jahre“: Verpasste Chancen	20
Ausgegrenzt und ohne Chance: Geflüchtete aus dem Libanon	27
Keine Abschiebungen in Folterstaaten und Kriegsgebiete!	30
Das Sterben im Mittelmeer – die Schande Europas	32
Das 3. Jahrzehnt – Alte Kämpfe, neue Herausforderungen	34
Spendenaufruf	49
Impressum	50



Vorwort der Vorstandsvorsitzenden Kathrin Richter

„Engagement braucht viele Schultern!“

In den zurückliegenden 30 Jahren habe ich beobachtet und mitgestaltet, wie sich ProAsyl Essen von einer Flüchtlingsinitiative zu einem festen Bestandteil im kommunalen Diskurs entwickelt hat, wenn es um das Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten Stadtgesellschaft geht.

Erreicht werden konnte das im Zusammenspiel einer Vielzahl ehrenamtlich tätiger Menschen und engagierter, professionell und gut ausgebildeter Hauptamtlicher.


Ein wichtiger Schritt war vor fast 25 Jahren die Berufung von ProAsyl Essen als beratendes Mitglied in den heutigen Integrationsrat. Wir konnten hier immer wieder den Finger in die Wunde legen und unsere Forderungen nach einer angemessenen Unterbringung und Betreuung geflüchteter Menschen gegenüber dem Rat der Stadt und der Verwaltung deutlich machen. Bei allen Konflikten blieb die Auseinandersetzung in Essen immer fair.

Ohne die Unterstützung der Akteure der Runden Tische, von Wohlfahrtsverbänden und Stadtteilinitiativen und anderen, die sich asylpolitisch engagieren, wäre unsere Arbeit nicht möglich. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken und hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit.

Angesichts der bundespolitischen Flüchtlingspolitik wuchs die Herausforderung in der aufenthaltsrechtlichen Beratung, für jeden Klienten die individuellen Chancen auszuloten. Ermutigend für unser ganzes Team ist, wenn Menschen überglücklich berichten, dass sie mit unserer Hilfe einen sicheren Aufenthalt bekommen haben und nun ihr Leben planen können.

Jeder Mensch zählt – diese Maxime wird ProAsyl Essen weiter antreiben.

Nach 15 Jahren Vorstandsarbeit gebe ich den Staffelnstab als Vorsitzende an andere weiter – mein Engagement wird bleiben.



K.A. Richter

Kathrin Richter
Vorstandsvorsitzende



Grußwort der Integrationsbeauftragten Galina Borchers

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Jahren sind viele geflüchtete Menschen zu uns gekommen, weil sie in ihrem Heimatland um ihr Leben fürchten müssen. Sie lassen dabei alles, was ihnen vertraut und wichtig ist, hinter sich und häufig auch das, was sie über die Jahre aufgebaut haben. Diese Menschen benötigen Hoffnung und Perspektive für ihre Zukunft in ihrer neuen Heimat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pro Asyl / Flüchtlingsrat Essen leisten dabei seit 30 Jahren eine unermüdliche und wertvolle Arbeit.

Geprägt von dem Gedanken der Solidarität wurde Pro Asyl / Flüchtlingsrat Essen e.V. 1991 gegründet und berät und unterstützt seitdem Schutzsuchende bei Fragen von Asyl und Aufenthalt in enger Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Diese Unterstützung ist häufig nicht einfach und mit menschlichen Schicksalen verbunden.

Umso mehr möchte ich an dieser Stelle als Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums Essen und als Integrationsbeauftragte meinen Respekt und meine Wertschätzung dafür ausdrücken, dass die Mitglieder des Vereins nie aufgeben und sich für jeden Schutzsuchenden mit hohem Engagement einsetzen.

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit und gratuliere Pro Asyl / Flüchtlingsrat Essen e.V. zum 30-jährigen Bestehen sehr herzlich.

Mit freundlichen Grüßen,

Galina Borchers

Galina Borchers

Leitung Kommunales Integrationszentrum
Integrationsbeauftragte der Stadt Essen

Das 1. Jahrzehnt

Umbruch und Aufbau

Die Gründungsphase von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. (im Folgenden ProAsyl Essen) fiel Anfang der 1990er Jahre in eine gesellschaftlich bewegte Zeit. Der Wegfall der innerdeutschen Grenze 1989, als „Wiedervereinigung“ zweier deutscher Staaten gefeiert, rüttelte das politische Selbstverständnis der Menschen in Ost- und Westdeutschland durcheinander. Die Nachkriegsordnung in ganz Europa geriet ins Rutschen. Abzulesen zum Beispiel an der steigenden Zahl von Menschen, die in Deutschland Asyl suchten: Waren es 1985 noch rund 84.000 so beantragten 1993 rund 438.000 Menschen Asyl.

Am 26. Mai 1993 beschloss der Bundestag die faktische Abschaffung des uneingeschränkten Asylrechtes. Laut Artikel 16a GG kann seitdem niemandem Asyl gewährt werden, der aus einem sogenannten sicheren Drittstaat einreist.

Zusammen mit der „Flughafen“-Regelung ist eine Asylantragstellung für Menschen in Not massiv erschwert worden.

Dem vorausgegangen war eine jahrelange, politisch hitzig geführte, gesellschaftliche Diskussion. Durch die von den Befürworter*innen der Asylrechtsänderung, insbesondere aus der CDU/CSU und der FDP, aber auch weiten Teilen der SPD, vorgetragenen Argumente erhielten faschistische und rechtsradikale Kräfte Rückenwind. Sie schürten rassistische Vorurteile und stachelten zu gewalttätigen Übergriffen auf zugewanderte Menschen an. Auch in der sogenannten bürgerlichen Mitte machte der Slogan „Das Boot ist voll“ die Runde. Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen sind immer noch im Gedächtnis.

Auch in Essen kam es zu Anschlägen. Zwei Beispiele: Am 9. und 10. März 1990 überfiel eine Horde von 50 Skinheads ein Flüchtlingsheim am Sachsenring in Steele, zwei Kinder und eine Frau mussten ins Krankenhaus. Im September 1991 konnte ein Brandanschlag auf ein Heim in Altendorf gerade noch verhindert werden.

Stadt plant Häuser an der Rheinstraße

(KETTWIG KÜRRIER) - Grünfläche - nicht auf dem Plan. Die Stadt plant Häuser an der Rheinstraße. Die Grünfläche ist nicht auf dem Plan. Die Stadt plant Häuser an der Rheinstraße. Die Grünfläche ist nicht auf dem Plan.

Holzhäuser sollen Notstand lindern

Für 120 Aussiedler und Asylbewerber
KETTWIG. Auf der Grünfläche an der Rheinstraße sollen Wohnheime für Aussiedler und Asylbewerber gebaut werden.



ZU EINER INFORMATIONVERANSTALTUNG hatte die Bürgerinitiative am Samstag auf dem Parkplatz an der Rheinstraße eingeladen.

Der Streit um die Wohnheime in Auf der Höhe

CDU: Das Asylrecht wird mißbraucht

Kompetenzklarheit ist gefordert. Die CDU fordert eine Klärung der Zuständigkeiten für die Aufnahme von Flüchtlingen.

Das Echo

Ein heftiges Echo ausgedrückt hat der Verwaltungsrat auf eine Grünfläche an der Rheinstraße.

Initiative: SPD hat ohne Not zugestimmt

Bezirksvertreter sind gefordert. Die Initiative fordert die SPD für die Umsetzung der Grünfläche.

Sprachbarriere für Sinti und Roma Hauptproblem

„Manches hochgespielt“ - Standort schlecht. Die Sprachbarriere ist ein großes Problem für Sinti und Roma.

Die meisten sind aus der Ukraine. Die meisten sind aus der Ukraine. Die meisten sind aus der Ukraine. Die meisten sind aus der Ukraine.

Das Asylrecht wird mißbraucht. Das Asylrecht wird mißbraucht. Das Asylrecht wird mißbraucht. Das Asylrecht wird mißbraucht.

Die Sprachbarriere ist ein großes Problem. Die Sprachbarriere ist ein großes Problem. Die Sprachbarriere ist ein großes Problem.



CLAYMORE TRUMMETE für Soldaten mit den australischen Mitbürgern.

Engagierte Bürger gründeten „Kettwiger Flüchtlingsbeirat“

Asylbewerbern und Aussiedlern soll konkret geholfen werden – Vermittlung, Information, Kinderbetreuung

Asyl-Heim: Gericht untersagt Nutzung

Stadt muß Standort Rheinstraße/Kettwig streichen. Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden.

Stadt fürchtet jetzt noch mehr Klagen

Organisatorisch besteht der „Flüchtlingsbeirat“ aus Einzelmitgliedern. Die Stadt fürchtet weitere Klagen.

Die Initiative besteht aus engagierten Bürgern. Die Initiative besteht aus engagierten Bürgern. Die Initiative besteht aus engagierten Bürgern.

OVG bestätigt Baustopp für Wohnheim an der Rheinstraße. Das OVG hat den Baustopp bestätigt.

Die meisten sind aus der Ukraine. Die meisten sind aus der Ukraine. Die meisten sind aus der Ukraine.

Das Asylrecht wird mißbraucht. Das Asylrecht wird mißbraucht. Das Asylrecht wird mißbraucht.

Die Initiative besteht aus engagierten Bürgern. Die Initiative besteht aus engagierten Bürgern.

OVG bestätigt Baustopp für Wohnheim an der Rheinstraße. Das OVG hat den Baustopp bestätigt.

Die ProAsyl-Gründungsphase fiel in die hasserfüllten frühen 90er Jahre.
Artikel: WAZ / NRZ 1990-91



Schon in den frühen 90ern kämpften wir gegen Rassismus und Ausgrenzung, die Basis unserer langen Bürogemeinschaft mit dem Antirassismus-Telefon.

Artikel: NRZ, Foto: Ulrich von Born

Um dieser aufgeheizten Stimmung etwas entgegenzusetzen und konkrete Hilfe für Geflüchtete zu leisten, fanden sich in vielen Stadtteilen Menschen zusammen. Bald gab es regelmäßige, mindestens monatliche Vernetzungstreffen im Jugendzentrum Papestraße. Der seit den 1980er Jahren bestehende Flüchtlingsrat sowie weitere Initiativen und Organisationen beteiligten sich. Im Herbst/Winter 1991 gab sich dieser Zusammenschluss den Namen „Pro Asyl – Essen gegen Rassismus“.

Während der Flüchtlingsrat seine Arbeit stark auf die in den 1980er Jahren zugewanderten Menschen aus dem Nahen Osten, vornehmlich aus dem Libanon, ausrichtete, standen für Pro Asyl – Essen gegen Rassismus die Geflüchteten aus den Jugoslawien-Kriegen im Fokus. Unter ihnen befanden sich viele Angehörige der Rom-Volksgruppe, die einer besonderen Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt waren und sind.



Im Oktober 1991 fand mit knapp 3.000 Teilnehmenden unter dem Motto „Asylrecht ist Menschenrecht“ eine der größten Demonstrationen in Essen statt.

Artikel: WAZ, Foto: Arnold Rennemeyer

Druck auf Geflüchtete – ProAsyl Essen organisiert Unterstützung

Im November 1993 trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Geflüchtete erhielten um etwa 25 Prozent geringere Leistungen gegenüber der Sozialhilfe, die sie bis dahin bezogen hatten. In den Jahren davor waren vielfach schon die Sozialleistungen (z.B. die Krankenfürsorge) gekürzt worden, um Geflüchtete zur „freiwilligen“ Ausreise zu drängen. Der Flüchtlingsrat Essen und Pro Asyl – Essen gegen Rassismus machten dagegen mobil. Unterstützung erhielten sie unter anderem von Gewerkschaften und Kirchen. Die IG Metall Vertreterversammlung stellte sich gegen die Abschiebung von Rom und Sinti, der Superintendent der evangelischen Kirche Gehring richtete ein Spendenkonto zur Unterstützung von Geflüchteten ein.



Am Stadtrand isoliert hinter Stacheldraht: Städtische Unterbringung in Wohncontainer auf dem Gelände des ehemaligen „Kutels“

Foto: www.derwesten.de

Trotzdem hielt die Stadt an einem repressiven Kurs gegen Geflüchtete fest. Nicht verhindert werden konnte die Einrichtung eines Lagers mit 86 Wohncontainern für fast 700 Geflüchtete auf dem abgelegenen, ehemaligen Gelände des „Kutels“.

Im Dezember 1993 begann die Stadt mit der Belegung. Bei den dort lebenden Geflüchteten testete die Stadtverwaltung die Umstellung der Versorgung auf Sachkosten und Sammelverpflegung. Der Protest gegen diese Art der Unterbringung brachte lange keinen Erfolg. Erst im Herbst 2004 beschloss der Rat der Stadt die Schließung – zahlreiche bekannte Essener*innen hatten noch im Sommer einen entsprechenden Appell von ProAsyl Essen unterzeichnet.

Die Stadtverwaltung nahm in den 1990er Jahren und später mehrfach Anlauf, Geldleistungen für Geflüchtete durch Sachleistungen und Sammelverpflegung bzw. Einkaufsgutscheine zu ersetzen. Damit scheiterte sie immer wieder an dem unter anderen von ProAsyl Essen organisierten Widerstand. An diesem Widerstand beteiligten sich vielfach auch geflüchtete Menschen selbst. Dass ihnen ein selbstbestimmtes Leben unmöglich gemacht werden sollte, war eine nicht hinnehmbare Entmündigung.

Der Spagat: Dampf machen und Zusammenarbeit

Um die Geflüchteten zu unterstützen, sah es ProAsyl Essen von Beginn an als seine Aufgaben, die Öffentlichkeit über flüchtlingspolitische Problemlagen zu informieren und mehr Menschen für eine fortschrittliche Geflüchtetenpolitik zu gewinnen. Deshalb führte ProAsyl Essen gerade in den 1990er Jahren zahlreiche Veranstaltungen durch, beteiligte sich an Demonstrationen und (Straßen-) Aktionen, organisierte Unterschriftensammlungen.



Um geflüchtete Frauen zu stärken und sie beim „Ankommen“ zu unterstützen, organisierte ProAsyl einen Frühstückstreff. Dort konnten Erfahrungen ausgetauscht und Hilfen organisiert werden.

Foto: privat

Die Teilnahme von Geflüchteten ist dabei ausdrücklich gewünscht, sie sollen auch selbst zu Wort kommen. So unterstützte ProAsyl Essen das „Flüchtlingscafe“ in der Zeche Carl, ein Gesprächsangebot an Geflüchtete und Unterstützer*innen, das ab 1993 stattfand und an das in den 2000er Jahren das „Weltcafe“ in den Räumen der evg. Kirchen in der Hövelstraße anknüpfte.

Insbesondere in der konkreten Beratungsarbeit ergeben sich Kontakte zu städtischen Stellen – von der Verwaltung bis zum Stadtrat –, zu Wohlfahrtsverbänden, Kirchen etc. Dabei geht es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse Geflüchteter. Hier arbeitet ProAsyl Essen bewusst an der Vernetzung der Akteur*innen in der Öffentlichkeit.

Für die Arbeit ist ProAsyl auf Spendengelder angewiesen: So spendeten z.B. Kirchengemeinden Kollektengelder, der evangelische Kirchenkreis stellte Mittel für einen Rechtshilfefond, Einzelpersonen gaben große und kleine Summen. Ihnen allen danken wir sehr herzlich. Unser Dank gilt auch allen Ärztinnen und Ärzten, die gemeinsam mit Ehrenamtlichen vor allem illegalisierte Menschen uneigennützig versorgt haben – koordiniert von Medi-Netz.

Marktkirche Essen im Herbst 2019, Foto: privat



Als ein Vorläufer der später regelmäßig stattfindenden „Flüchtlingskonferenzen“ kann ein von ProAsyl - Essen gegen Rassismus einberufener „Ratschlag“ am 28. April 1992 gesehen werden, zu dem unter anderem Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Sozialdezernent Herber (SPD) eingeladen waren und teilnahmen.

Auf der ersten Flüchtlingskonferenz am 19. Mai 1998 mit 70 Teilnehmenden stand die Diskussion eines neuen Betreuungskonzeptes der Stadt für Geflüchtete im Mittelpunkt. Kritisch aus Sicht von ProAsyl Essen und der Wohlfahrtsverbände: Die dringend erforderliche Ausweitung der Hilfestellungen für die sogenannten „Ungeklärten“ aus dem Libanon ging zu Lasten der übrigen Gruppen. Trotz heftiger Kritik auch seitens der Wohlfahrtsverbände blieb es dabei: Die Stadt verwies auf ihre „leeren Kassen“.



Lange Jahre kamen im Rahmen von ProAsyl wöchentlich Menschen zum gemeinsamen Volleyball-Spiel zusammen. Alter, Geschlecht und Nationalität spielten dabei keine Rolle – gelebtes Miteinander.

Foto: privat

Immer wieder setzte sich ProAsyl Essen für einzelne Menschen oder Familien ein, bei denen die abgelehnten Asylanträge zu besonderen „Härten“ führten. ProAsyl Essen unterstützte sie zum Beispiel bei der Formulierung von Petitionen an den Landtag oder an die Landeshärtefallkommission. Um vor Ort Lösungen zu finden, setzte sich ProAsyl Essen früh für eine kommunale Härtefallkommission ein – und scheiterte immer wieder an der starren Haltung vor allem der CDU und SPD im Rat der Stadt und der dadurch beförderten Verweigerungshaltung der Ausländerbehörde. Ende 1998 nutzte ProAsyl Essen die stadtweite Diskussion um die weltweite Agenda 21, um seine flüchtlingspolitischen Hauptforderungen für die Öffentlichkeit auf den Punkt zu bringen: Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission, Schaffung eines unabhängigen multikulturellen Anti-Diskriminierungsrates und Einrichtung eines Rechtshilfefonds für Geflüchtete – Anliegen, die bis heute nicht durchgesetzt, aber nach wie vor aktuell sind.

Vereinsentwicklung von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen

Herbst 1991

Koordination „ProAsyl – Essen gegen Rassismus“ wird gebildet

Dezember 1992

Essener Flüchtlingsrat und ProAsyl – Essen gegen Rassismus schließen sich unter dem Namen „ProAsyl/Flüchtlingsrat – Essen gegen Rassismus“ zusammen.

Frühjahr 1995

Gründung Förderverein ProAsyl, Anmietung Büroräume Maxstraße, landesgeförderte Regionalberatung mit eineinhalb Stellen, Mitarbeit in der NRW-Koordination der geförderten Initiativen

1997

ProAsyl Essen wird beratendes Mitglied im Integrationsrat

Frühjahr 2005

ProAsyl Essen geht online: www.proasylessen.de

August 2011

Umzug der Geschäftsstelle in die Friedrich-Ebert-Straße

2014 – 2016

Beginn der landesgeförderten Verfahrensberatung in der Erstaufnahme, insgesamt wächst das hauptamtliche Team auf neun Personen

2018

Start Projekt „AsylFairVerfahren“ – Ausbildung Ehrenamtlicher zur Unterstützung besonders vulnerabler Personen im Asylverfahren

Sinti und Roma: verfolgt, diskriminiert, abgeschoben

Nach Schätzungen der Stadtverwaltung lebten 1994 etwa 2.000 Menschen in Essen, die sich als Sinti oder Roma bezeichnen. Sie flohen aus verschiedenen ehemaligen Ost-Block-Staaten, vor allem aus den kriegsgeschüttelten ex-jugoslawischen Staaten und aus Rumänien, vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Verfolgt und getötet während des Nationalsozialismus, sind sie bis heute mit rassistischen Vorurteilen und Gewalt konfrontiert. In der Regel wurden sie nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern abgeschoben oder zur „freiwilligen“ Ausreise gedrängt.

Schnell nehmen Sinti und Roma ihr Schicksal selbst in die Hand: Am 28. April 1994 demonstrierten in Essen mehrere hundert Sinti und Roma. Sie forderten die Einhaltung einer Empfehlung des Europarates, Abschiebungen zu stoppen und die Anerkennung als Minderheit. Sie knüpfen damit an den „Bettelmarsch“ von 1990 durch NRW an, an dem sich fast 2.000 Menschen beteiligten. Als Reaktion darauf setzte sich NRW-Innenminister Schnoor (SPD) für ihre Anerkennung als „Staatenlose“ und damit für ein Bleiberecht in allen EU-Staaten ein. Der „Bettelmarsch“ wird beendet, als Schnoor ein Bleiberecht in NRW in Aussicht stellt – dieses Versprechen hat er allerdings gebrochen.

Die größte Demonstration von Sinti und Roma in Essen fand am 24. Februar 2000 gegen die Abschiebungen in den Kosovo statt. Dem Aufruf der Deutschen Roma Union folgten 2.000 Menschen. Für ProAsyl Essen sprach Juliane Pilz.

Mit einem kommunalen Roma-Rückführungsprogramm erhöhte die Stadt 2004 den Druck zur Ausreise. ProAsyl sah „keinen Anlass unsere grundsätzliche (ablehnende, die Red.) Position zur >freiwilligen< oder erzwungenen Abschiebung von hier seit langem de-facto integrierten Flüchtlingen zu ändern.“ Entgegen aller Versprechungen erhielten die Roma keine dauerhafte Lebensperspektive vor Ort.

So bleibt die Situation der Sinti und Roma bis heute prekär. Sie sind mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte Minderheit in Europa. Ansätze zur Verbesserung ihrer Lage waren halbherzig und ohne durchgreifenden Erfolg. Rudko Kawczynski, Mitorganisator des „Bettelmarsches“, sagte dazu 2013: „Es braucht drei Dinge: Die EU muss die Zivilgesellschaft der Roma stärken ... Zum anderen muss die EU das Wissen über die Roma, ihre Geschichte und ihre Verfolgung stärken... Zum dritten müsste die EU viel massiver gegen Menschenrechtsverletzungen gegen die Roma durch ihre Mitgliedsstaaten vorgehen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Das 2. Jahrzehnt

Die „Nuller-Jahre“: Verpasste Chancen

In den 2000er Jahren sank die Anzahl der gestellten Asylanträge in Deutschland kontinuierlich, 2008 erreichte sie mit rund 28.000 ihren Tiefststand. Die Mahnungen von Migrationsforscher*innen und Nicht-Regierungsorganisationen, dass angesichts steigender Zahlen von Geflüchteten weltweit auch der Zuzug nach Deutschland ansteigen würde, verhallten ungehört. Statt Vorsorge zu treffen, wurden Übergangsheime geschlossen und abgerissen.

Vor allem aber wurden in den 2000er Jahren Chancen zur Integration jahrelang geduldeter Personen in die Stadtgesellschaft verpasst. Als größte Gruppe waren die sogenannten Ungeklärten aus dem Libanon betroffen.

Durchhalten lohnt sich

ProAsyl Essen drängte auf den unterschiedlichsten Ebenen immer wieder auf Lösungen gerade für langjährig geduldete Menschen und fand durchaus Unterstützung: Der Integrationsrat forderte im Mai 2005 auf Anstoß von ProAsyl Essen für in Essen aufgewachsene und integrierte Kinder von Migrant*innen ein humanitäres Aufenthaltsrecht ein. Damit einher ging der Appell an die Ausländerbehörde, die Möglichkeiten des Ausländerrechtes zu Gunsten der Betroffenen auszuschöpfen und ihre restriktive Rechtsauslegung zu beenden. Die Ausländerbehörde wurde aufgefordert, die Entscheidungen der Härtefallkommission des Landes zu respektieren und auch während eines laufenden Verfahrens keine Abschiebungen vorzunehmen – ein kleines Stück mehr Sicherheit für die Betroffenen.



Die Theatergruppe von ProAsyl machte auf die Situation illegal lebender Geflüchteter aufmerksam.

September 2008, Foto: privat

Vielfältige Aktivitäten

Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung Geflüchteter blieb ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt von ProAsyl Essen, z.B. mit den Ausstellungsprojekten „Labyrinth Fluchtweg“ und „Clandestino Illegal“, einer Informationsreihe über Roma, oder durch Straßentheaterauftritte der vereinsinternen, interkulturellen Theater-AG. An der „Aktion Noteingang“ beteiligten sich viele Einrichtungen, darunter auch die EVAG, die das Signal an vielen Bussen und Bahnen anbrachte. Erfreulich war auch immer die Zusammenarbeit mit Schulen. Bis heute ist ProAsyl Essen gern geladener Gast, wenn es darum geht, Schülerinnen und Schülern über Flucht und Asyl Rede und Antwort zu stehen.



Kerngeschäft des Vereins: die Beratung

Foto: Andreas Teichmann

Immer wieder rückte ProAsyl Essen im mehrmals pro Jahr erscheinenden Info-Brief exemplarische Einzelschicksale in den Mittelpunkt und ließ auch Geflüchtete selbst zu Wort kommen. So zum Beispiel Komba Okalo, der 1996 als Sechsjähriger mit seiner Familie aus dem Kongo nach Essen kam und 2006, im Jahr der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, von seinem Traum erzählte, in der Fußballnationalmannschaft zu spielen. Er stand kurz vor dem Realschulabschluss. „Trotzdem werden meine Familie (meine Eltern und drei Brüder) und ich hier nicht richtig froh. Denn wir sind tagtäglich von Abschiebung bedroht (...) Ich kann oft nicht schlafen und mich in der Schule und beim Fußball nicht konzentrieren, weil immer diese Angst da ist, auch aus der Schule abgeholt zu werden.“

Die gute Einzelfallberatung von ProAsyl Essen sprach sich herum, die Sprechstunden waren und sind auch heute stets gut besucht. Im Jahr 2007 wurden mit zwei hauptamtlichen Beratungskräften 1.124 Beratungen durchgeführt, dahinter standen 237 Personen. Themen waren Asylverfahren und Aufenthaltsrecht, Sozialrecht und psychosoziale Betreuung. Vor allem bei sozialrechtlichen Fragen waren viele Ehrenamtliche engagiert – von der Formularhilfe bis zur Begleitung zum Jobcenter.

„Die Vielzahl der Beratungsinhalte zeigt, dass die Probleme von Flüchtlingen zunehmend komplexer werden, so dass sie oft über mehrere Monate, teilweise über Jahre (...) betreut werden (...) Auffällig (...) ist, dass die überwiegende Zahl der Ratsuchenden im Status der Duldung verweilt. Hier spiegelt sich einerseits die Problematik einer zu engen Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete wider, andererseits die unzureichenden Beratungsangebote für die Gruppe der Geduldeten in der Stadt“. (Info-Brief 2/2008)

In der alltäglichen Beratungsarbeit von ProAsyl Essen zeigte sich jedoch, dass auf politischer Ebene weiter bestenfalls mit halbherzigen „Altfallregelungen“ gearbeitet wird, die vielen Geflüchteten trotz langjährigem Aufenthalt keine Perspektive bieten. Mit dieser Hypothek ungelöster Probleme startet dann Essen in das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, in dem die Zuwanderung geflüchteter Menschen neue Höchstzahlen erreichte.

Ausgegrenzt und ohne Chance: Geflüchtete aus dem Libanon

Anfang 2005 startete ProAsyl den Appell „Es wird Zeit, dass Worten Taten folgen“ mit dem Ziel, Geflüchteten aus dem Libanon endlich eine Perspektive zu geben. Der Appell nahm Bezug auf die Antrittsrede 2004 von CDU-Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger: „Ich kann und will nicht länger hinnehmen, dass wir Kinder aus Migrantenfamilien, die entweder hier in Deutschland geboren wurden oder schon über ein Jahrzehnt hier leben (...) aus formalen Gründen oder aufgrund von Gesetzesverstößen der Eltern abschieben müssen.“

Angestoßen durch den Appell beschloss der Integrationsrat im Mai 2005, für hier aufgewachsene Kinder ein humanitäres Bleiberecht anzustreben. Um diesen Beschluss in Handeln umzusetzen, wurde der Vorschlag von ProAsyl aufgegriffen, den Kindern und Kindeskindern libanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge den Weg in die Härtefallkommission des Landes zu eröffnen. Ein großer Erfolg für ProAsyl.

In welcher dramatischer Situation die Gruppe sich befand, wurde Ende 2005 in einem umfassenden „Sachstandsbericht zur Situation und Perspektive der Flüchtlinge aus dem Libanon mit ungeklärter Staatsangehörigkeit“ deutlich, den die Stadtverwaltung ebenfalls auf Beschluss des Integrationsrates vorlegte. Zu dem Zeitpunkt lebten rund 5.000 Menschen (65 Prozent unter 24 Jahre) libanesischer oder kurdisch-libanesischer Herkunft in Essen, darunter 1500 sogenannte Ungeklärte, die keinen Pass besaßen und von Abschiebung bedroht waren.

Bis 1990 waren 750 Flüchtlinge zugewandert, aus der sich die Gruppe durch Geburten und Nachzüge gebildet hatte.

Von Angeboten oder Hilfestellungen zur gesellschaftlichen Teilhabe wurde die gesamte Gruppe abgeschnitten: Über 80 Prozent waren auf Sozialhilfe angewiesen, die Analphabetenrate war groß, nur 2,3 Prozent der Kinder gingen aufs Gymnasium, ohne Pass konnten die Jugendlichen nicht mal einen Führerschein machen. Jetzt konnte auch der Stadtrat nicht mehr die Augen verschließen. Im Mai 2006 wandte er sich gegen die Abschiebung vor allem von „integrierten“ Kindern und appellierte an die Innenministerkonferenz, „langjährig hier lebenden Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ein Leben in Deutschland zu ermöglichen“. Leider verhallte dieser Wunsch an die Bundesebene ergebnislos. Kommunale Ansätze zum Beispiel im Rahmen des „Essener Modells“ gaben ab Mitte der 2010er-Jahre nur wenigen (jungen) Menschen durch Verbesserung des Aufenthaltsstatus eine Perspektive. Weitergehende Erfolge scheiterten vor allem an der starren Gesetzesauslegung durch die Ausländerbehörde.

Die jahrzehntelange Perspektivlosigkeit trug massiv dazu bei, dass viele Menschen aus dieser Gruppe immer noch ausgegrenzt sind und ihre gesellschaftliche Teilhabe immer wieder Rückschläge erleidet. Viele fühlen sich durch das polizeiliche Vorgehen gegen die sogenannte Clankriminalität verunglimpft und durch anlasslose Polizeikontrollen (racial profiling) diskriminiert und schikaniert.

Trotz allem: Die Sicht auf die Gestaltung von Zuwanderung hat sich in Essen nicht zuletzt durch die Erfahrungen mit den „Ungeklärten“ gewandelt. Dies findet im Handlungsprogramm „Zusammenleben in Vielfalt“ Ausdruck, dass vom Stadtrat 2020 nach kontroverser Diskussion verabschiedet wurde. Oberbürgermeister Thomas Kufen, Mitglied bei Pro-Asyl, fasst im Vorwort zusammen: „Ein Miteinander in unserer Gesellschaft ist möglich, wenn wir uns gegenseitig mit Toleranz und Respekt begegnen und miteinander, statt nebeneinander leben.“ Eine wichtige Aussage und Kampfansage gegen die auch in Essen rührigen rassistischen und neofaschistischen Kräfte. Gelingen kann dies, wenn Gleichberechtigung und kulturelle Wertschätzung mit Offenheit gegenüber Veränderungen verbunden wird und alle Menschen ihr Auskommen finden. Hier liegt noch eine Wegstrecke vor uns.

»Blüten des Bleiberechts«
Eine Kampagne des Flüchtlingsrates Leverkusen



Flüchtlingskonferenz zum Thema Bleiberecht

November 2007



Gefördert durch den Europäischen Flüchtlingsfond

Einladung zur landesweiten Flüchtlingskonferenz

»Halbzeit«

Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 17.11.2006 in NRW und Folgen der bundesweiten Bleiberechtsregelung

Dienstag, den 29. Mai. 2007, 18:30 Uhr im CVJM, Hindenburgstr. 57, 45127 Essen

Veranstalter:

- Flüchtlingsrat NRW
- AK Asyl e.V.
- Flüchtlingsrat Leverkusen
- Flüchtlingsrat Mönchengladbach
- Friedensbüro Lemgo
- Kölner Flüchtlingsrat
- Refugio Aachen
- Zentrum für Sozial- und Migrationsberatung Düren
- ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen

Kontakt:

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen
Maastrichter Straße 11 – 45127 Essen
Tel. 0201/20539
Fax 0201/232060
Mail: proasylessen@gmx.de



ProAsyl Flüchtlingsrat Essen
www.proasylessen.deEssen

Keine Abschiebungen in Folterstaaten und Kriegsgebiete!

Trotz den Berichten über willkürliche Verhaftungen und Folter trat am 1. Januar 2009 das Rückübernahmeabkommen mit Syrien in Kraft. Daraufhin wurden im Juli 2010 sechs Syrer*innen aus Essen abgeschoben, davon drei erwachsene Geschwister, die hier geboren sind. ProAsyl forderte Oberbürgermeister Pass erfolglos auf, die Schicksale der Abgeschobenen aufzuklären, die Öffentlichkeit zu informieren und weitere Abschiebungen nach Syrien sofort zu stoppen.

Mit dem beginnenden Bürgerkrieg wurde 2012 auf Druck der Öffentlichkeit auf Bundesebene vorübergehend ein genereller Abschiebungsstopp für Syrien beschlossen.



Bei der bundesweiten Eröffnung der Interkulturellen Woche 2010 in Essen bekannten sich zahlreiche prominente Besucher*innen wie Günter Burkhardt von PRO ASYL zu unserer Forderung: „Keine Abschiebung in Folterstaaten!“

Foto: privat

Obwohl der syrische Diktator Baschar al-Assad weiterhin die Bevölkerung terrorisiert, kann seit 2021 wieder nach Syrien abgeschoben werden. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will „jeden einzelnen Fall genau prüfen und versuchen, eine Abschiebung zu ermöglichen.“

Ein weiteres trauriges Beispiel für die Skrupellosigkeit der deutschen Abschiebemaschinerie sind die Abschiebungen nach Afghanistan. Viele unserer Klient*innen kommen aus Afghanistan und leben nach abgelehnten Asylanträgen in Angst vor einer Abschiebung. Einige von Ihnen haben sich 2017 in einer Selbsthilfegruppe zusammengeschlossen. Sie trifft sich seitdem regelmäßig in unseren Räumen und wird von ProAsyl unterstützt.

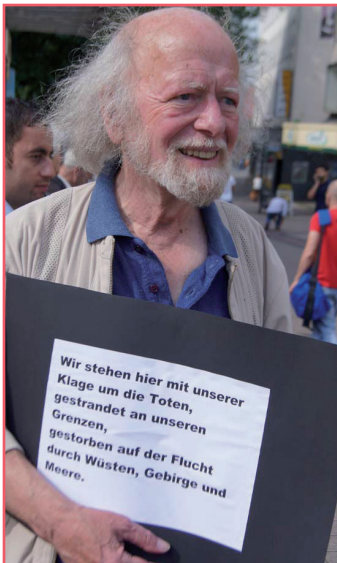


Afghanische Geflüchteten demonstrierten 2017 am Düsseldorfer Flughafen mit ProAsyl gegen „Abschiebungen in den Tod“.

Foto: privat

Das Sterben im Mittelmeer – die Schande Europas

Das Mittelmeer ist die tödlichste Grenze der Welt. Und auch wenn die EU-Außengrenzen weit weg scheinen, haben wir immer wieder gegen die Festung Europa und das Sterben im Mittelmeer demonstriert.



2008 und 2013 haben wir mit Straßenaktionen auf die tödliche Grenzgewalt aufmerksam gemacht.

Foto: privat



Nach einer Großdemonstration 2018 entstand im Umfeld von ProAsyl die Essener Lokalgruppe der Seebrücke.

Foto: privat

Das 3. Jahrzehnt

Alte Kämpfe und neue Herausforderungen

In Folge der Lockerung der Visapflicht für Mazedonien und Kosovo reisten ab 2009 mehr Roma ein. 2010 reagierte die Stadt mit einem restriktiven Unterbringungs- und Betreuungskonzept und führte die steigenden Kosten als Grund an. Dieses sah neben der Reaktivierung der lagerähnlichen Unterbringung auf dem „Kutel-Gelände“ und einiger Übergangsheime bei der Versorgung Geflüchteter die generelle Umstellung auf Sachleistungen (statt Bargeld) vor. „Das soll lediglich der Abschreckung dienen“, kritisierte Bernd Brack, 2010 Vorsitzender von ProAsyl, den Vorschlag auf der Protest-Kundgebung von ProAsyl vor der entscheidenden Ratssitzung im November 2010.



Kathrin Richter fordert 2013 auf einer Kundgebung eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten.

Foto: privat

Entwürdigung von Geflüchteten gestoppt

Der breit unterstützte Protest zeigte Wirkung: Mehrheitlich lehnte der Rat der Stadt die Einführung von Sachleistungen und die Reaktivierung des „Kutel“ auf Antrag von SPD und Linken mit Unterstützung der Grünen ab. Darüber hinaus beschloss der Rat, dass die Vermittlung Geflüchteter in Wohnungen Priorität haben sollte und eine Mindestwohnfläche von 8 m² pro Person in Übergangsheimen. Die Verwaltung sollte zügig gemeinsam mit ProAsyl und Wohlfahrtsverbänden ein Betreuungskonzept vorlegen.

Dennoch verschlechterte sich in den Übergangsheimen die Situation mit den gestiegenen Zuzügen der Folgejahre. Es wurde stetig beengter. Die beschlossenen „Mindeststandards“ gerieten immer öfter unter Druck. Erst Mitte 2013 legte die Stadtverwaltung das neue „Rahmenkonzept“ zum Neu- und Ausbau von Übergangsheimen sowie erneut zur Einführung von Sachleistungen vor – im Schatten des von Rechtsaußen geschürten Rassismus. Wieder richtete es sich vorrangig gegen geflüchtete Roma.

ProAsyl/Essen organisierte erneut erfolgreich den öffentlichen Protest, unterstützt von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und dem Flüchtlingsrat NRW.



Großes Zuschauer- und Presseinteresse in der Sitzung des Sozialausschuss am 16.7.2013

Foto: privat

Angesichts des breiten Protestes sah der Sozialausschuss sich nicht in der Lage, das Konzept einfach abzunicken und es kam im September 2013 zu einer leidenschaftlich geführten Ratsdebatte.

Im Ergebnis bekräftigte der Stadtrat auf Antrag der Linken mit den Stimmen von SPD und Grünen den Beschluss von 2010: Die Sachleistungen waren vom Tisch.

Zeitgleich bestätigte der Stadtrat den Vorrang dezentraler Unterbringung für Geflüchtete. Allerdings scheiterten konkrete Vorschläge zum Aus- und Neubau der dringend gebrauchten Übergangwohnheimen im Vorfeld der Kommunalwahlen 2014 zu häufig, wie ProAsyl bemängelte. Lediglich Linke und Grüne setzten sich dafür ein.

Menschenwürdige Unterbringung?

Im Sommer 2015 befand sich dann die kommunale Verwaltung im Notfallmodus. Die Schließungen der vergangenen Jahre und die mangelnde Vorsorge führten dazu, dass viel zu wenig Unterbringungsplätze für die neu ankommenden Menschen vorhanden waren. In der Konsequenz entstanden nun auch in Essen erste behelfsmäßige Unterkünfte in leergezogenen Schulen und zehn Zeltstädte. Gegenüber der Stadtverwaltung formulierte ProAsyl Anforderungen an die Versorgung Geflüchteter und nahm häufig an den Treffen der Runden Tische teil, um diese in ihrer ehrenamtlichen Arbeit zu unterstützen.

Unter dem Zuwachs an neu ankommenden Geflüchteten aus Syrien und anderen Kriegsgebieten, entwickelte sich besonders nach 2015 ein bundes- und landespolitischer Trend zu immer weitreichenderen rechtlichen Restriktionen und großen Massenunterkünften mit langen Aufenthaltszeiten, den ProAsyl wie viele andere Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen heftig kritisierte.

Wohnst du noch oder zelttest du schon? – Zeltendorf zur Unterbringung Geflüchteter

Foto: privat



Landeseinrichtungen in Essen

Als 2014 NRW in größter Eile in ehemaligen Gewerbegebäuden „Opti-Park“ eine Landesnotaufnahme ohne Beratung einrichtete, stellte diese Entwicklung ProAsyl vor ein Dilemma: Einerseits lehnte ProAsyl eine derartige Unterbringung kategorisch ab, andererseits sahen sich die Mitarbeiter*innen stets in der Pflicht, Geflüchteten bestmöglich dazu zu verhelfen, ihre Rechte wahrzunehmen. ProAsyl begann im Einvernehmen mit der Bezirksregierung zunächst mit ehrenamtlicher Beratung in der Unterkunft. Kurz darauf konnten wir mit landesgeförderten Hauptamtlichen dort beraten. Der Beratungsbedarf war immens. Vor allem die immer schleppender verlaufenden Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die damit einhergehenden Verzögerungen bei Familienzusammenführungen waren Kernthemen unserer Beratungspraxis. Ende 2016 wurde der „Opti-Park“ aus brandschutzrechtlichen Gründen aufgelöst.

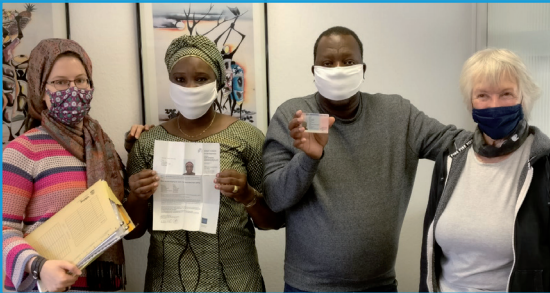
Parallel dazu diskutierte der Rat der Stadt Essen, ob das ehemalige Kutelgelände an der Hammerstraße dem Land für den Aufbau einer Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 800 Personen zur Verfügung gestellt werden sollte. Dort sollte die Registrierung der neu angekommenen Flüchtlinge, die medizinische Erstuntersuchung mit Impfangebot, und die erste Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgen. Unter der Bedingung, dass der Aufenthalt nicht länger als zwei bis drei Wochen dauert, akzeptierte ProAsyl den abgelegenen Standort in der Größe. Dem schloss sich der Stadtrat an. Der Betrieb wurde im Januar 2016 aufgenommen.

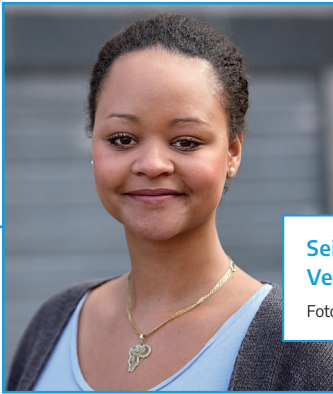
Für ProAsyl war klar, dass auch in der neuen Erstaufnahmeeinrichtung die bisherige Verfahrensberatung fortgesetzt werden muss, um gerade dort die neuankommenden Geflüchteten zu unterstützen. Im Rahmen einer Landesförderung arbeiten dort jetzt vier Beschäftigte von ProAsyl. Auch heute, fünf Jahre später, zeigt sich in der täglichen Arbeit immer wieder, wie unerlässlich die kritische Begleitung des Betriebes in der Erstaufnahme durch eine unabhängige Organisation ist.

ProAsyl wächst: Solidarität braucht viele Schulter

Die Menschenrechte im Blick: ProAsyl-Gesichter

Fotos: privat



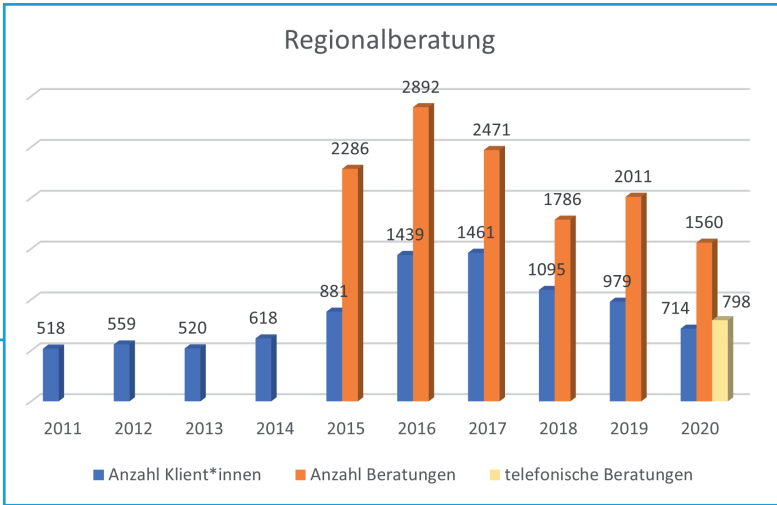


Seit 2013 hauptamtlich bei ProAsyl:
Veronica Groß-Unuane

Foto: privat

Veronica Groß-Unuane feiert dieses Jahr ihr ganz persönliches ProAsyl-Jubiläum. 2011 stieg sie ehrenamtlich in die Beratung ein und blickt auf ein aufregendes Jahrzehnt zurück: „Ich bin bereits 2009 über ein Praktikum im Rahmen meines Studiums der Politikwissenschaft zu ProAsyl gekommen, weil ich mich stark für den Bereich Migration und vor allem frauenspezifische Fluchtgründe interessiere. Besonders aufregend war dann natürlich die Zeit ab 2015, 2016 als viele Geflüchtete nach Deutschland und zu uns nach Essen gekommen sind.“

Damit spricht Groß-Unuane die Jahre an, die für ProAsyl wegweisend waren. Die hohe Anzahl von neu angekommenen Asylsuchenden stellte unseren Verein vor eine bis dato nicht gekannte Herausforderung.



Entsprechend der steigenden Flüchtlingszahlen in Essen stiegen die Beratungszahlen bei ProAsyl bereits in den Jahren 2008 bis 2010 kontinuierlich an.

„Als ich 2011 anfangen ehrenamtlich bei ProAsyl zu arbeiten, haben wir noch sehr breit und niedrigschwellig beraten. So konnten auch ungeschulte Ehrenamtliche in der Beratung aktiv werden“ beschreibt Groß-Unuane ihren Einstieg bei ProAsyl. Es wurde in dieser Zeit mit viel ehrenamtlicher Unterstützung zu nahezu allen Themen beraten, mit denen die Geflüchteten auch in ihrem Alltag konfrontiert waren.

Ab 2015 setzte dann bedingt durch den syrischen Bürgerkrieg ein immenser Beratungsandrang ein, den Veronica Groß-Unuane – mittlerweile hauptamtlich beschäftigt – so erlebte: „Ich erinnere mich noch, wie wir monatelang vollkommen am Limit arbeiteten und unsere Geschäftsstelle buchstäblich aus allen Nähten platzte. Das ging so weit, dass wir irgendwann unsere Belastungsgrenze erreicht hatten und dringend etwas geändert werden musste.“

Durch die Spezialisierung auf das Asyl- und Aufenthaltsrecht konnte der Beratungsandrang wieder bewältigt und die Expertise in diesem Bereich ausgebaut werden. Die Einsatzmöglichkeiten für ehrenamtlich Engagierte in der Beratung verringerte sich. Sie hatten Geflüchtete vor allem in alltäglichen Fragen unterstützt – von der Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, über Wohnungssuche bis hin zur Begleitung zu Ämtern. So kam der Verein nicht umhin, die Einbindung und Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit neu zu denken.



Ehrenamtlich aktiv bei ProAsyl: Teilnehmer*innen des AsylFairFahren-Projekts

Foto: privat

Unverzichtbar – Ehrenamtliche bei ProAsyl

Die Förderung freiwilligen Engagements hat bei ProAsyl eine lange Tradition und ist bis heute ein zentrales Ziel der Vereinsarbeit. Sei es in der Übersetzung, bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen, in der Vorstandsarbeit oder auch über viele Jahre in der Beratung: die Ehrenamtlichen waren immer ein elementarer Teil der Arbeit von ProAsyl Essen. Um den veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden und gleichzeitig auch die Bedarfe der betroffenen Asylsuchenden zu berücksichtigen, entwarf man das Projekt „AsylFairFahren“.



Im Rahmen des Projekts bieten wir seit fast drei Jahren freiwillig Engagierten die Möglichkeit, Geflüchtete im gesamten Asylverfahren und darüber hinaus zu begleiten, wenn diese vorher bei uns den Bedarf äußern. Die Teilnehmer*innen erhalten dabei von uns gezielte Qualifizierungs- und Selbstfürsorgeworkshops.

Um verschiedene Möglichkeiten und Bedarfe der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten zu erörtern, organisierten wir im letzten Jahr ein großes Ehrenamtstreffen mit mehr als 40 Teilnehmer*innen.

Auch wenn uns die Corona-Pandemie die weitere Planung deutlich erschwert hat, werden wir den Faden, sobald es möglich ist, wieder aufnehmen. Denn wir wollen solange es nötig ist Anlaufstelle sowohl für Geflüchtete als auch für ihre Unterstützer*innen bleiben. Das ist das Besondere bei Pro-Asyl, findet Veronica Groß-Unuane: „Genau wie ich waren viele meiner heutigen Kolleg*innen vorher in ihrer Freizeit bei ProAsyl aktiv.“

„Wenn eine solidarische Zivilgesellschaft mehr als nur ein frommer Wunsch sein soll, braucht es Initiativen, die eine aktive Mitarbeit ermöglichen. Das hat ProAsyl schon immer ausgezeichnet und das wird auch in Zukunft so bleiben. Da bin ich mir sicher.“

Spenden / Mitgliedschaft

Als unabhängige Organisation sind wir für den Erhalt unserer Arbeit, insbesondere für die Durchführung spezieller Projekte, wie z.B. AsylFairFahren auf finanzielle Unterstützung angewiesen. So können außerdem ehrenamtliche Strukturen und unsere politische Arbeit gestärkt werden.

Sie können uns entweder durch eine Spende unterstützen oder Sie werden Mitglied im Förderverein. Mit einem jährlichen Beitrag von 40 € sind Sie auf der Jahreshauptversammlung stimmberechtigt. Einen Antrag auf Fördermitgliedschaft finden Sie unter www.proasyllessen.de/spende. Wir freuen uns immer über neue Mitglieder im Verein!

Spenden und Mitgliedsbeiträge an ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. sind gemäß § 10 b Abs. 1 EStG steuerlich abzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung für die Steuererklärung erhalten Sie immer im ersten Quartal des Jahres von uns.

Spendenkonto:

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.

Sparkasse Essen

IBAN: DE14 3605 0105 0001 6006 26

BIC: SPESDE33XXX



Impressum

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V.
Friedrich-Ebert-Str. 30, 45127 Essen
Telefon: 0201 – 2 05 39
info@proasylessen.de
www.proasylessen.de

Redaktion:
Moritz Becker, Torben Gewehr,
Gabriele Giesecke, Kathrin Richter

Spendenkonto
IBAN: DE14 3605 0105 0001 6006 26
BIC: SPESDE3EXXX

Grafische Umsetzung:
Juliane Richter

Erscheinungsdatum:
Mai 2021